

# Möglichkeiten antirassistischer Arbeit in der Gewerkschaft

Chronologie und Mechanismen des Verhältnisses der gewerkschaftlichen Projektgruppe »Sesam Öffne Dich!« zu GPA und ÖGB

**Caroline Grandperret und Rolf Nagel**

## Einleitung

Im Jänner 1992 gründeten fünf einfache Gewerkschaftsmitglieder – unter ihnen manche ohne österreichische Staatsbürgerschaft – in der Wiener Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-Wien) die Projektgruppe »Sesam Öffne Dich!«. Die Projektgruppe hatte sich zum Ziel gesetzt, die Gewerkschaftsbeschlüsse zur Einführung des passiven Betriebsrats- und AK-Wahlrechts für alle ausländischen KollegInnen endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Die jahrelang sehr aktive und motivierte Gruppe kämpfte jedoch von Anfang an mit Problemen im Verhältnis zu GPA und ÖGB. Das endete schließlich mit der einseitigen Lösung der bisherigen Zusammenarbeit durch die GPA-Wien. Als AktivistInnen der ersten und letzten Stunden von »Sesam Öffne Dich!« in der GPA-Wien möchten wir hiermit unsere Erfahrungen im Verhältnis zu GPA und ÖGB weitergeben und resümieren.

## Erste Erfahrungen mit der GPA (1990)

Die Gründung von »Sesam Öffne Dich!« (SÖD!) hatte folgende Vorgeschichte: Unser französisches Gründungsmitglied Caroline Grandperret, damals Lehrerin in einem privaten Sprachinstitut, suchte angesichts der höchst unbefriedigenden Arbeitsbedingungen in diesem Institut Rat bei der GPA. Dort wurde ihr vom zuständigen Sekretär der betroffenen Sektion empfohlen, einen Betriebsrat zu gründen. Es sei die einzige Möglichkeit, etwas zu bewegen. Der Rat wurde befolgt: Nach und nach konnte sie ihre KollegInnen von der Notwendigkeit eines Betriebsrats überzeugen. Als jedoch ihr Arbeitgeber von ihrem Vorhaben erfuhr, wurde sie gekündigt. Die Reaktion des GPA-Sekretärs war kurz und bündig: Ihre Kündigung sei sehr bedauerlich, er könne aber dagegen nichts tun. Trotz Kündigung bot Grandperret weiterhin ihre Hilfe zur Organisation einer Betriebsratswahl an. Die Vorarbeiten dafür waren ja nun einmal geleistet. Als es jedoch darum ging, KandidatInnen aufzustellen – vorgesehen waren ursprünglich ein Italiener und sie als Französin –, erfuhr sie das erste Mal vom Sekretär der GPA, dass laut damaligem Gesetz nur ÖsterreicherInnen kandidieren durften. In ihrer Firma aber, wo ca. 80% der Angestellten keinen österreichischen Pass besaßen, sah es mit möglichen KandidatInnen schlecht aus: Ungern ließen sich schließlich zwei österreichische Kolleginnen aufstellen, wurden gewählt, verzichteten aber sofort auf ihr Mandat. Das war 1990.

Nach dieser ersten, ermüthenden Erfahrung mit der GPA und dem österreichischen Betriebsratswahlrecht tauchten für die Betroffenen folgende Fragen auf:

- Warum hatte der zuständige Sekretär der GPA die KollegInn über das fehlende passive Wahlrecht ausländischer KollegInnen nicht informiert?
- Warum hatte er die besonders großen Schwierigkeiten einer Betriebsratsgründung in solchen Betrieben mit hohem Ausländeranteil nicht erwähnt?
- Warum hatte er die KollegInn über das Risiko einer Kündigung nicht informiert?
- Warum hatte er nicht die Gewerkschaft agieren lassen, statt sie alleine und unerfahren an die Front zu schicken?
- Warum hatte er sich zusammen mit den KollegInnen keine Alternativen überlegt, um die ausländischen KollegInnen auf andere Weise an der Interessenvertretung zu beteiligen?

Wir sehen heute keine böse Absicht in diesen Versäumnissen der GPA, jedoch eine verdammt langlebige, symptomatische Verdrängung der Probleme ausländischer KollegInnen mit der betrieblichen Interessenvertretung in Österreich. Für uns hatte die GPA hier gezeigt, dass sie in der Praxis die spezifischen Probleme ausländischer KollegInnen sträflich ignoriert und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihnen scheut.

Für uns stand damals jedoch fest, dass wir in der GPA aktiv werden und gegen das Betriebsratsverbot ausländischer KollegInnen kämpfen mussten.

### **Gründung der GPA-Wien Projektgruppe »Sesam Öffne Dich!« (1992)**

Eine Anzeige der GPA-Wien in der Mitgliederzeitschrift »Angestelltenjournal« lud damals tatsächlich jedes interessierte GPA-Mitglied dazu ein, in der Gewerkschaft aktiv zu werden. Allen InteressentInnen stellte sie deswegen in einer Auftaktveranstaltung ihre neue Projektwerkstatt (PW) vor. Mit der PW wollte die GPA-Wien neue Wege gehen, um dem Mitgliederschwund entgegenzutreten und veraltete Ortsgruppenstrukturen zu überwinden. Die Projektwerkstatt sollte ihr ein modernes, offenes und aktives Image verleihen. Nach Vorstellungen der GPA-Wien sollte die dafür geschaffene Struktur aus Vertretern diverser Projektgruppen (PG) bestehen, welche verschiedene von der GPA-Wien vorgeschlagene Themen (z. B. Umwelt, Konsumentenschutz, Frauengleichberechtigung, Arbeitswelt und Technik) bearbeiten sollten. Die Projektgruppen aus interessierten GPA-Mitgliedern sollten von einem Koordinator aus ihrer Mitte geführt werden. Diese Koordinatoren waren gleichzeitig die Vertreter der Projektgruppen in der Projektwerkstatt. Durch Einbindung der Koordinatoren in die PW-Struktur sollten diese mit den Gewerkschaftstrukturen bekannt gemacht und für zukünftige Tätigkeiten als Funktionäre qualifiziert werden.

Als TeilnehmerInnen an der Auftaktveranstaltung der GPA-Wien kritisierten wir jedoch, dass bei den vorgegebenen Projektthemen das uns besonders interessierende Thema der Ausländergleichberechtigung nicht dabei war. Die GPA-Wien akzeptierte diese Kritik und bot den anwesenden Mitgliedern an, eigene Themen für Projektgruppen vorzuschlagen. Daraufhin fanden sich noch am gleichen Abend fünf InteressentInnen zusammen, die sich mit dem Thema Ausländergleichbe-

rechtiung auseinandersetzen wollten. In der Folge bot die PW für jede PG ein kostenloses, zweitägiges Einstiegsseminar mit Moderator an. Dort wurden der Name und die Ziele der PG bestimmt: Unsere PG nannte sich »Sesam Öffne Dich!« und wollte sich fortan auf das Ziel der Erweiterung des passiven AK- und BR-Wahlrechts auf alle ausländischen KollegInnen konzentrieren.

Bald zeichneten sich jedoch einander widersprechende Motive von SÖD! und der PW der GPA-Wien ab.

Bei den ursprünglich vorgeschlagenen Projektgruppen schien es der GPA-Wien nicht in erster Linie um das Thema, sondern um die Aktivitäten zu gehen, die dazu angeboten wurden, z. B. Pressekonferenzen oder Broschüren mit dem GPA-Logo. Offensichtlich knüpfte die GPA-Wien an ihre Projektgruppen zwei Erwartungen: Zum einen sollte das Projektgruppenziel möglichst schnell erreichbar sein und zum anderen sollte das Projektergebnis auch für die Öffentlichkeit herzeigbar sein. Das bedeutete in der Praxis, dass bescheidene und »harmlose« Projektziele natürlich leichter die Erwartungen der GPA-Wien erfüllen konnten.

Die PG SÖD! passte jedoch schlecht in dieses Konzept der kurzfristig sichtbaren Erfolge:

- Das passive BR- und AK-Wahlrecht für alle ArbeitnehmerInnen stellte kein kurzfristiges Ziel dar (wie man sieben Jahre später feststellen kann!).
- Von Anfang an betraf das Projektziel nicht nur Wiener Angestellte, sondern vor allem auch ArbeiterInnen in ganz Österreich.
- Es handelte sich um ein sehr politisches und für manche sensibles Thema.
- Die SÖD!-Mitglieder waren in ihrer großen Mehrheit schon immer AktivistInnen gewesen, auch im Ausland: Sie brachten politische Erfahrung mit und waren nicht leicht manipulierbar.

Auch die demokratiepolitischen Vorstellungen, die die GPA-Wien mit der PW verband, deckten sich wenig mit unseren Vorstellungen einer demokratischen Mitgliederbeteiligung:

Koodinatoren der Projektgruppen waren automatisch Vertreter der PG in der PW. Die Mitglieder von SÖD! wollten aber ihre Vertretung in der PW selbst wählen. Vorsitzende(r) und StellvertreterIn der PW bestimmte der Landessekretär. Diese wurden ebenfalls nicht gewählt. So nominierte der Landessekretär z. B. die erste Koordinatorin von SÖD! als Stellvertreterin der PW, obwohl diese vorher nur ihr mäßiges Interesse an dieser Funktion bekundet hatte. Weiters behielt sich die GPA-Wien vor, die TeilnehmerInnen an einem mehrmonatigen Kommunikationsseminar auszuwählen.

Unter diesen Bedingungen versuchte SÖD!, sich trotzdem der PW gegenüber fair zu verhalten. Das geschah z. B. durch die Teilnahme an den PW-Sitzungen und an Empfangsfesten für Neu-Mitglieder. Oberste Priorität für SÖD! blieb jedoch der Einsatz für die Erreichung des passiven Wahlrechts. Dafür wollten wir alle Möglichkeiten – auch außerhalb der GPA-Wien – ausschöpfen.

### **Geringe Mobilisierungsbereitschaft unter Funktionären**

Mit diesen Strukturen als Hintergrund begannen wir als PG SÖD! unsere politische Arbeit mit einer Situationsanalyse:

In der Anfangsphase ging es uns zunächst um die Beantwortung der Frage, warum trotz entsprechender ÖGB- und GPA-Beschlüsse (jeweils 1991 und 1992) das passive Wahlrecht für alle ArbeitnehmerInnen noch immer nicht umgesetzt war. Gespräche mit hauptamtlichen Gewerkschaftern wie dem GPA-Landessekretär Norbert Scheed und dem ÖGB-Referatsleiter für Betriebsarbeit Eduard Giffinger sowie höheren FunktionärInnen wie der GPA-Vorsitzenden Lore Hostasch brachten die ersten politischen Ernüchterungen. Der Tenor solcher Interviews lautete meist: Man sei zwar persönlich unbedingt überzeugt von der Notwendigkeit des passiven Wahlrechts. Allerdings würden folgende Schwierigkeiten die Einführung verhindern:

- Es drohe die Gefahr, dass die »Blauen« dadurch stärker würden (Hostasch).
- Es sei nur durch ein Tauschgeschäft mit dem Regierungspartner ÖVP zu erreichen (Hostasch).
- Das passive BR- und AK-Wahlrecht sei aber für Tauschgeschäfte nur ein kleiner Punkt (Hostasch).
- Es fehle der Gegendruck (Hostasch).
- Die Arbeitergewerkschaften, insbesondere die Gewerkschaft Bau-Holz, seien dagegen (Scheid).

Bei näherem Hinhören erwies sich aber auch ihre angeblich so tiefe persönliche Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit des passiven Wahlrechts als eher schwach und deutlich unterhalb der ÖGB- und GPA-Beschlüsse angesiedelt:

- Mit dem EU-Beitritt werde sich alles von selbst lösen (Giffinger).
- Die Möglichkeit der Vertretung von ausländischen Arbeitnehmern (sogenannten »ausländischen Sprechern«) sei nicht einmal ausgeschöpft (Giffinger).
- Ein Betriebsratsmandat sei mit einer Beschäftigungsbewilligung unvereinbar (Hostasch).

Unser Fazit: Auch die Vorsitzende der angeblich so »fortschrittlichen« GPA und zugleich Obfrau des parlamentarischen Ausschusses für Arbeit und Soziales war damals nicht gewillt, die Ausdehnung des passiven Wahlrechtes auf alle ausländischen KollegInnen zu forcieren.

Da sprachen auch die Tipps unserer damaligen GesprächspartnerInnen für sich: Sie verwiesen uns an alle möglichen anderen Stellen, z. B. die AK oder die Bildungsabteilung des ÖGB. Nur sie selbst, die doch politischen Einfluss haben mussten wie z. B. Lore Hostasch, waren nicht bereit, irgendwelche konkreten Schritte für eine breite Mobilisierung zu setzen.

Eine rühmliche Ausnahme im ÖGB bildet jedoch bis heute die Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPD) mit ihrem Vorsitzenden Rudolf Kaske. Er ließ den Kontakt mit SÖD! nie abreißen. Dies wurde jedoch zum Zankapfel zwischen GPA und HGPD. Norbert Scheed warnte SÖD! immer wieder vor Annäherungsversuchen von Rudolf Kaske, der einzig und allein unter Profilierungssucht leide. In diesem offensichtlichen Konflikt zwischen beiden Organisationen spiegelte sich für uns eine permanente Konkurrenz unter Fachgewerkschaften wider. Für SÖD!, dessen Hauptsorge nicht die GPA-»Flagge«, sondern die Einführung des passiven Wahlrechts für alle war, konnten naturgemäß solche Überlegungen keine Rolle spielen.

Neben politischen Kontakten zu Hauptamtlichen und höheren FunktionärInnen bemühte sich SÖD! auch darum, Beziehungen zur Funktionärsbasis der GPA, den Betriebsratsmitgliedern, zu knüpfen. Denn für uns spielten die Betriebsratsmitglieder bei der Beteiligung ausländischer KollegInnen eine besondere Rolle. Diesbezüglich boten sich für uns im Rahmen der GPA-Wien zwei Möglichkeiten an, mit Betriebsratsmitgliedern in Kontakt zu treten: Über die Landesleitung einerseits und über die Ortsgruppen andererseits. Eine Präsentation unserer PG vor der Landesleitung im Jänner 1993 zerstörte jedoch all unsere Hoffnungen, die wir in Kontakte mit diesem Gremium gesetzt hatten. Die drei SÖD!-Mitglieder stellten die Projektgruppe einem offensichtlich völlig desinteressierten Publikum vor. Die Diskussion, die aus der Präsentation entstehen sollte, beschränkte sich auf zwei Wortmeldungen. Mit der ersten Wortmeldung verwies eine Betriebsrätin die verdutzten SÖD!-VertreterInnen an SOS-Mitmenschen. Mit der zweiten wurde SÖD! angeboten, Kontakt mit der GPA-Jugendabteilung aufzunehmen. Wir kannten aber bereits die politische Rolle der Jugendabteilungen als »Blitzableiter« für unangenehme Themen der Gesamtorganisation.

Fazit: die Betriebsratsmitglieder der Wiener GPA-Landesleitung fühlten sich von der Frage des passiven Wahlrechts für AusländerInnen überhaupt nicht angesprochen. Mehrere Faktoren können diese Haltung erklären: Die in der Landesleitung vertretenen Betriebsratsmitglieder waren alle ÖsterreicherInnen, die wiederum in Betrieben arbeiteten, in denen praktisch nur ÖsterreicherInnen beschäftigt waren. Die Betriebsratsmitglieder der österreichischen Sozialversicherungs- oder Pensionsversicherungsanstalt beispielsweise sind bis heute sehr stark in den Wiener GPA-Gremien vertreten. Aber auch andere Landesleitungsmitglieder kamen aus dem Versicherungs- und Bankwesen, das bekanntlich relativ wenig ausländische KollegInnen beschäftigt. Auch die Beweggründe, warum Angestellte in diesen Großbetrieben zu Gewerkschaftsfunktionären werden, spielen unserer Meinung keine untergeordnete Rolle. Eine Gewerkschaftsfunktion schien in diesen Firmen eine Voraussetzung dafür zu sein, die Karriereleiter hinaufzusteigen. Wir spürten bei den Betriebsratsmitgliedern der Landesleitung jedenfalls weder Sensibilität für die Probleme ausländischer KollegInnen noch irgendeine Mobilisierungsbereitschaft für die Verbesserung ihrer betrieblichen Interessenvertretung.

Die Kontakte mit den Wiener Ortsgruppen der GPA erwiesen sich größtenteils ebenfalls als vollkommen sinnlos, weil auch für sie das passive Wahlrecht kein Thema war.

### **AK-Petition zum passiven Wahlrecht (1993)**

Trotz der sehr geringen Mobilisierungsbereitschaft bei den Hauptamtlichen, FunktionärInnen und Ortsgruppenmitgliedern versuchten wir weiterhin, unser Ziel mit und in der GPA-Wien umzusetzen. Das Landessekretariat schien jedenfalls bemüht, die Umsetzung des Ziels von SÖD! zu unterstützen. Nach Streitgesprächen mit Norbert Scheed erklärten wir uns bereit, zwei Vorschläge des Landessekretärs anzunehmen:

Erstens sollte eine Petition zum passiven Wahlrecht mit 150 Unterschriften bei der AK-Wien eingereicht werden und zweitens sollte zwecks Überzeugungsarbeit bei den GPA-Funktionären ein Folder erstellt werden.

Erstes gemeinsames Etappenziel war zu erreichen, dass sich auch die AK – wie bereits der ÖGB – zur Frage des passiven AK- und BR-Wahlrechts eindeutig positioniert. Mittels Petition sollte ein entsprechender Beschluss in der nächsten Vollversammlung herbeigeführt werden. Die Petition wurde bei der AK eingereicht, Norbert Scheed aber versehentlich nicht darüber informiert. Die AK-Vollversammlung stimmte zwar über die Forderung nach einem geänderten AK- und BR-Wahlrecht ab, aber dieses sollte im Gegensatz zu unserer Petition und weitergehender Gewerkschaftsbeschlüsse nur um BefreiungsscheinhaberInnen<sup>1</sup> erweitert werden.<sup>2</sup>

Norbert Scheed sah sich als »politische Leiche«. Er habe vor seinen GPA-Kollegen, die zugleich AK-Räte waren, das Gesicht verloren. Diese warfen ihm nämlich vor, »seine Leute« nicht genügend unter Kontrolle zu haben. Darauf folgten »Überraschungsbesuche« seitens des uns betreuenden Sekretärs, der nur zuhörte. Das erzeugte in uns das Gefühl, unter Aufsicht zu stehen.

Folgende erste Bilanz zogen wir nach zweijähriger Projektgruppentätigkeit:

SÖD! war in einer Gewerkschaft verankert,

- die sich zwar einstimmig für das passive BR- und AK-Wahlrecht aller MigrantInnen ausgesprochen hatte, deren Funktionäre sich aber in anderen Abstimmungen (z. B. der AK) nicht an die Einhaltung der Gewerkschaftsbeschlüsse gebunden fühlten (z. B. Hans Sturmer, damaliger Landesvorsitzender der GPA-Wien: »Wir sind damals bei der Abstimmung überrumpelt worden, die Hand ist schnell gehoben«; auch Schauergeschichten über angebliche Religionskriege in den Betrieben sollten laut Hans Sturmer ein Anlaß sein, die Sinnhaftigkeit dieses Beschlusses zu überdenken);
- die relativ fortschrittliche Stellungnahmen herausgab (Stellungnahme zur Ausländerpolitik des erweiterten, zentralen Leitungsausschusses am 23. Jänner 1992), welche aber nicht einmal ansatzweise umgesetzt wurden;
- die scheinbar nichts unternimmt, um ausländische KollegInnen an ihren Gremien angemessen zu beteiligen. (Anmerkung: In dieser Hinsicht hat sich auch 6 Jahre später nichts geändert. Auf die Frage, die unser deutsches SÖD!-Mitglied Rolf Nagel damals z. B. auf der Wiener GPA-Landeskonferenz stellte, wer von den rund 200 anwesenden Delegierten in den letzten zehn Jahren einen nicht-österreichischen Pass besessen habe, war er der einzige, der die Hand hob!)

### **AK-MigrantInnenliste und Kandidaturen in den Betrieben (1994)**

Mit dem Beitritt Österreichs zum EWR 1994 gab es sowohl eine Notwendigkeit als auch eine parlamentarische Mehrheit aus SPÖ, Liberalem Forum und Grünen, das passive AK- und BR-Wahlrecht für alle sofort zu beschließen. Das beschlossene Anpassungsgesetz für die Betriebsratswahlen erweiterte das passive Wahlrecht jedoch nur um die EWR-KollegInnen. Lore Hostasch, die als Obfrau des parlamentarischen Ausschusses für Arbeit und Soziales hätte intervenieren können, vergaß ihre Pflicht als Gewerkschaftsmitglied, Gewerkschaftsbeschlüsse einzuhalten, und versteckte sich hinter der ablehnenden Haltung des Koalitionspartners ÖVP. Trotz ihrer Beteuerungen, sie habe alles Mögliche unternommen, wurde das passive Wahlrecht für alle ausländischen KollegInnen offensichtlich auf dem Altar der Koalition geopfert.

In dieser Situation zweifelte SÖD! mehr und mehr, ob sich das angestrebte Projektziel mit den bisherigen Mitteln erreichen ließ. Auch seitens des ÖGB vernahmen wir keinerlei politische Bereitschaft, für die Durchsetzung des passiven Wahlrechts aller zu mobilisieren. Die Verabschiedung des restriktiven EWR-Anpassungsgesetzes empfanden auch viele andere (MigrantInnen-)Organisationen wie z. B. die Wiener MigrantInnenberatungsstelle am Modenapark, die Grünen, MitarbeiterInnen vom Wiener Integrationsfonds und viele GewerkschaftsaktivistInnen aus den Bundesländern als Überschreitung ihrer Schmerzgrenze. Sie traten in dieser Zeit verstärkt in Kontakt mit uns, um unser Verhalten bei der anstehenden AK-Wahl in Wien zu diskutieren.

Bezüglich dieser Wahl beschloss SÖD!, zunächst einmal alle AK-Fraktionen anzusprechen. Damit sollte die legale Kandidatur zumindest von eingebürgerten und EWR-MigrantInnen auf den AK-Listen angeregt werden. Jedoch antwortete überhaupt nur die Liste der Gewerkschaftlichen Einheit (mit Zustimmung). Aufgrund dieses Ergebnisses fand die Idee einer eigenen MigrantInnenliste immer mehr Resonanz. KollegInnen außerhalb von SÖD! setzten dieses Vorhaben in die Tat um, indem sie die MigrantInnenliste »Demokratie für Alle« (DFA) gründeten. Damit sollte ein Zeichen gesetzt werden, das von niemandem übersehen werden konnte. Einzelne SÖD!-Mitglieder schlossen sich dieser MigrantInnenliste an. Die damalige SÖD!-Koordinatorin kandidierte ebenfalls auf dieser Liste und wurde schließlich gewählt. Ihre DFA-Kandidatur wurde von der überfraktionell agierenden SÖD! aber als ihre persönliche Entscheidung betrachtet. Von der GPA-Wien hatten wir jedoch den Eindruck, dass sie diese Kandidatur mehr oder weniger als Verrat der ganzen Projektgruppe SÖD! an der GPA-Wien ansah.

Aufgrund der geringen Mobilisierungsbereitschaft, die wir in GPA, ÖGB und AK für Änderungen der gesetzlichen Lage orteten, legten wir ab 1995 unseren Schwerpunkt auf die Vergrößerung unserer Basis in den Betrieben. Betriebliche Kandidaturen von MigrantInnen sollten wo immer möglich gefördert werden. Der Erfolg unserer Bemühungen war, dass mehrere ausländische Betriebsratsmitglieder, SprecherInnen und Sicherheitsvertrauenspersonen auch aus unseren Reihen erfolgreich kandidieren konnten.

### **GPA-Wien Ideenpool »Sesam Öffne Dich!« (1997)**

Während sich die Projektgruppe SÖD! durch ihre Arbeit immer mehr qualifizierte und stabilisierte, hatten sich alle anderen Projektgruppen der GPA-Wien 1997 inzwischen aufgelöst. Daher löste die GPA-Wien die bisherige Projektwerkstatt ebenfalls auf. Außerdem erklärte uns Landessekretär Norbert Scheed, dass das passive Wahlrecht ausländischer KollegInnen kein vorrangiges Angestellthema sei. Die GPA-Wien habe deswegen versucht, uns als einzig verbliebene Projektgruppe im ÖGB anzusiedeln – allerdings erfolglos. So durfte SÖD! als sogenannter »Ideenpool« in einer neu aufgelegten Projektwerkstatt der GPA-Wien verbleiben. Die neuen Ideenpools sollten »gänzlich eigenständig« Projekte abwickeln, Expertisen erstellen und Anträge entwickeln. Im Rahmen der Möglichkeiten wollte die GPA-Wien sicherstellen, dass die Projektergebnisse realisiert werden. Die erneute Kooprierung eines SÖD!-Vertreters in die Wiener GPA-Landesleitung gehörte allerdings nicht mehr zum Rahmen der Möglichkeiten, die die GPA-Wien anbot.

### **GPA-Wien-Folder und Antrag von »Sesam Öffne Dich!« (1998)**

Ab 1997 rückte ein lang geplantes Vorhaben wieder in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten: Die Herausgabe eines Folders der GPA-Wien, welcher Politiker und Funktionäre zum verstärkten Eintreten für das passive Wahlrecht mobilisieren sollte. Im Folder sollten bereits existierende »Best Practice«-Beispiele von ArbeitnehmervertreterInnen ausländischer Herkunft zur Nachahmung und Legitimierung dargestellt werden. Da die GPA-Wien nur einen Teil der Folderkosten trug, erstellten wir einen Prototyp, mit dem wir sehr erfolgreich partei- und fraktionsunabhängige Spenden werben und auf diese Weise den restlichen Teil der Kosten decken konnten. Stolz konnten wir dann den frisch gedruckten Folder an die Delegierten der Wiener GPA-Landeskonferenz im Mai 1998 verteilen. 5.000 Exemplare wurden bisher vor allem über das Organisationsreferat des ÖGB, MigrantInnen-Beratungsstellen, Arbeiterkammern, Sozialministerium, GPA-Konferenzen und andere Kanäle in ganz Österreich verteilt.

Uns wurde aber mit der Zeit immer bewusster, dass wir als ehrenamtlich arbeitende Gruppe, die sich auf die Erringung des passiven Wahlrechts konzentrierte, nicht die erforderliche breite, hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit mit den KollegInnen ausländischer Herkunft in ganz Österreich ersetzen konnten. Wir wollten kein Feigenblatt, sondern Keimzelle für eine dauerhafte, hauptamtliche und bereichsübergreifende Unterstützung, Erweiterung und Fortentwicklung unserer Projektarbeit durch die Gewerkschaftsorganisation sein. Daher entwickelten wir in Abstimmung mit KollegInnen der GPA-Jugend einen Antrag zur Anerkennung der Angestellten ausländischer Herkunft als Zielgruppe der GPA. Auf dem 14. GPA-Gewerkschaftstag im November 1998 stimmte jedoch nur eine Minderheit der Delegierten von GPA-Jugend und kleineren Fraktionen unserem Antrag zu. In letzter Instanz wurde der Antrag zur Behandlung dem Zentralvorstand zugewiesen. Die GPA-Sektion Industrie und Gewerbe setzte jedoch bereits Teile unseres Antrags erfolgreich um, indem sie die Gleichstellung der ausländischen KollegInnen auf Kollektivvertrags(KV)-Ebene durchsetzte und die Bildung eines KV-Arbeitskreises »Ausländische KollegInnen« beschloss.

### **Lösung der Zusammenarbeit durch GPA und ÖGB (1998)**

In Berichten der GPA-Wien zur Landeskonferenz, zum GPA-Gewerkschaftstag oder in der Mitgliederzeitschrift »Kompetenz« wurden die Aktivitäten unserer Projektgruppe jedoch mit keinem Wort mehr erwähnt.

Als dann am 1. September 1998 zur Präsentation unseres Folders eine von SÖD! initiierte Pressekonferenz mit HGPD und GPA-Wien stattfand, kam zwar auch eine Vertreterin der GPA-Wien. Im Gegensatz zu den HGPD-VertreterInnen hatte sie jedoch der Presse zum Thema nichts zu sagen.

Wie wir heute wissen, war es zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossene Sache, die »Zusammenarbeit (mit SÖD!), wie sie bisher erfolgte, zu lösen«. Die offizielle Begründung des GPA-Wien Präsidiums lautete: »Die Projektgruppe SÖD hat mehrfach bewiesen, dass sie durchaus im Stande ist, als eigenständige Initiative zu agieren. Inhalt und Thema ihrer Arbeit beziehen sich auf ganz Österreich und auf alle ausländischen ArbeitnehmerInnen (nicht nur Angestellte)«. Für uns waren das



vorgeschobene Gründe. Denn »gänzlich eigenständig« sollten wir bisher schon als Ideenpool agieren können (siehe oben!). Andere Ideenpool-Themen, etwa »Frauengleichberechtigung«, bezogen sich auch auf ganz Österreich und ebenfalls nicht nur auf Angestellte. Die GPA-Wien versicherte uns jedoch, dass sie unsere Anliegen und »sehr wichtigen Aufgaben ... im gegebenen Fall ... auch in Zukunft unterstützen« werde. Praktisch unterblieb jedoch jegliche Unterstützung.

Die erneute Selbstdarstellung der GPA-Wien in »Kompetenz« 9/97 als »offene Organisation, die viele Möglichkeiten der Mitbestimmung bietet«, und bei der man sich »über jedes neue Mitglied, das sich engagieren und bei uns mitarbeiten möchte«, freut, empfanden wir als offene Verhöhnung unseres jahrelangen Engagements als Mitglieder. In einem Protestbrief verurteilten wir die autoritäre Schließung unseres Ideenpools. Danach erklärte uns Landessekretär Norbert Scheed die »wahren Gründe« für unsere Schließung: Ressourcenknappheit, Prioritätenänderungen und Abrechnungsprobleme mit Essensrechnungen im Zusammenhang mit unserem Folder. Der Landesvorsitzende Hans Judmann und sein Sekretär Norbert Scheed wünschten uns jedoch für unsere »wirklich sehr wichtigen Aufgaben« – etwa in einem eigenen Verein oder einer Gewerkschaftsfraktion – »für die Zukunft alles Gute«. Mit unserer Frage, was die GPA zur Umsetzung des passiven Wahlrechts zukünftig tun wolle, wurden wir von Norbert Scheed an den Vorsitzenden, Hans Sallmutter, verwiesen. Wir wollten jedoch innerhalb der Gewerkschaft, überfraktionell und auch auf Mitgliederebene mithelfen, das passive Wahlrecht durchzusetzen.

Stattdessen bekamen wir unseren Ausschluss von den bisherigen gewerkschaftlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten immer massiver zu spüren: Die GPA-Wien drohte uns sogar mit der Einleitung »geeigneter, rechtlicher Schritte zur Unterbindung und Wiedergutmachung«, wenn wir »noch immer als Projektgruppe der GPA-Wien« auftreten würden. Gespräche über eine Verankerung von SÖD! beim ÖGB endeten ebenfalls mit einer Absage des ÖGB: »Die Zentralsekretäre (der einzelnen Fachgewerkschaften) vertraten die Meinung, dass sie inhaltlich laut den Beschlüssen des ÖGB eure Anliegen nach einer Umsetzung des passiven Wahlrechtes für ausländische Arbeitnehmer unterstützen, auf organisatorischer Ebene sei dies jedoch mit Problemen verbunden, da es zu wenig von euch vertretene Betriebsräte gäbe. Daher bestehe prinzipiell keine Notwendigkeit der Kooperation.«

Weiters ersuchte uns der Landessekretär, »Darstellungen, wonach die Trennung der GPA-Wien von der Projektgruppe »Sesam öffne dich« politisch motiviert gewesen wäre, ... zu unterlassen, da sie nicht den Tatsachen entsprechen.« Dafür behauptete er, dass eine »missbräuchliche Verwendung von Gewerkschaftsgeldern im Zusammenhang mit dem Folderprojekt der Projektgruppe »Sesam Öffne Dich!« vorgeliegen habe. Gegen diese Verleumdung legten wir umgehend Protest ein und forderten ihre Rücknahme. Nach Intervention beim Vorsitzenden der GPA, Hans Sallmutter, bestätigte uns dieser, dass der »Vorwurf einer missbräuchlichen Verwendung von Gewerkschaftsgeldern nicht zutrifft.«

Last not least wurde uns auch im November 1998 die Möglichkeit verwehrt, einmal selbst die Ziele unserer Gruppe in der »Kompetenz« darzustellen. Die Entscheidung über den Abdruck eines entsprechenden, von der Kompetenz-Redaktion angeforderten Artikels wurde schließlich auf das Frühjahr 2000 verschoben, »da der Inhalt als Antrag beim 14. Gewerkschaftstag eingebracht wurde und erst im Präsidium beschlossen wird«.

## **Gewerkschaftliche Initiative »Sesam Öffne Dich!« (1999)**

Aufgrund der Drohungen mit rechtlichen Schritten nannten wir uns zukünftig »Gewerkschaftliche Initiative für Gleichberechtigung und Wahlen Sesam Öffne Dich!«. In einer Kampagne zur Unterstützung der neuen Arbeitsverfassungsgesetz-Novelle, in der das passive BR-Wahlrecht für alle ohne Rücksicht auf die Staatsbürgerschaft festgeschrieben werden sollte, sammelten wir 160 Unterstützungserklärungen. Darunter befanden sich 7 Betriebsratsgremien, 9 Betriebsratsvorsitzende und 29 weitere gewählte BelegschaftsvertreterInnen. Die Novelle wurde zwar nicht mehr im Nationalrat abgestimmt. Aber die breite Unterstützung unserer Kampagne ermutigte uns, mehr am Aufbau eines Netzwerks ausländischer BelegschaftsvertreterInnen zu knüpfen.

### **Resümee**

Die gewerkschaftliche Projektgruppe »Sesam Öffne Dich!« hat mit großem Engagement zur Umsetzung einstimmig beschlossener Gewerkschaftsforderungen zum passiven Wahlrecht für alle ausländischen KollegInnen beigetragen.

GPA und ÖGB scheinen aber gravierende Probleme zu haben,

- das Engagement von solchen Mitgliedergruppen, die weder örtlichen, fachsektionellen, fraktionellen oder betriebsrätlichen Gremien angehören können oder wollen, für die Durchsetzung von Gewerkschaftsbeschlüssen zu nutzen;
- Mitglieder ausländischer Herkunft als besondere Zielgruppe anzuerkennen, d.h. für die beschlossene Durchsetzung ihrer Gleichstellung auch entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Über die Einschätzung unserer Erfahrungen mit GPA und ÖGB und über die daraus resultierenden Strategien gibt es unter uns unterschiedliche Auffassungen. Diese wollen wir abschließend kurz zur Diskussion stellen.

### **Caroline Grandperret:**

Die Arbeitsgruppe SÖD! hat sieben Jahre lang versucht, innerhalb der GPA für die Umsetzung der Gewerkschaftsbeschlüsse betreffend das passive Wahlrecht mitzuwirken. Es war im ganzen ÖGB der einzige Arbeitskreis von Basismitgliedern, der sich kontinuierlich und durch verschiedenste Aktivitäten – auf politischer, juristischer und betrieblicher Ebene – intensiv für die Verwirklichung des passiven Wahlrechts für alle eingesetzt hat.

Was hat SÖD! dafür geerntet? Ihren Ausschluss aus der GPA-Wien und die vernichtende Erklärung des ÖGB, wonach »keine Notwendigkeit der Kooperation bestehe«.

Die Botschaft konnte nicht klarer sein. Wir waren immer der Meinung gewesen, und ich an erster Stelle, dass der Kampf um das passive Wahlrecht grundsätzlich in und mit der Gewerkschaft zu führen ist. Nun scheint es mir heute sinnlos und sogar kontraproduktiv, unter diesen Umständen noch weiterhin zu versuchen, eine Nische für SÖD! im ÖGB zu finden. Die wird es nicht geben.

Der Kampf für das passive Wahlrecht für alle geht weiter. Über andere Kanäle und vielleicht künftig über neue Wege, die ich noch nicht ergründet habe.

GPA und ÖGB haben eine kleine Arbeitsgruppe zerschlagen: Das war kein Kunststück. Der ÖGB hat aber damit wieder bewiesen, was er tatsächlich ist, nämlich ein bürokratischer und unbeweglicher Verein, der primär bemüht ist, die Interessen seiner (österreichischen) Funktionäre zu wahren. Was die GPA angeht, hat sich ihr modernes Image als reine Kosmetik entpuppt.

Wie hätte man besser als mit dem SÖD!-Abenteuer das Wesen der österreichischen Gewerkschaft verstehen können?

### **Rolf Nagel:**

Meiner Einschätzung nach

- haben wir als einfache – auch ausländische – Gewerkschaftsmitglieder in der Projektgruppe SÖD! immerhin 7 Jahre lang erfolgreicher als jede andere Projektgruppe die Einrichtungen des Gewerkschaftsbundes für unsere Interessen in Anspruch nehmen können,
- wollten auch wir als ehrenamtliche Gruppe zum Schluss nicht mehr, dass SÖD! etwa für weitere 7 Jahre das Feigenblatt von GPA und ÖGB abgibt anstelle dringend benötigter hauptamtlicher MigrantInnenreferate und erweiterter Mitgliederrechte – vor allem für ausländische KollegInnen, die keine Betriebsratsmitglieder werden können,
- kommt kein noch so unbürokratischer, beweglicher und demokratischer (MigrantInnen-)Verein darum herum, die Köpfe der österreichischen KollegInnen-Mehrheit innerhalb oder außerhalb des Vereins für die Gleichstellung einer ausländischen KollegInnen-Minderheit in der Arbeitnehmerschaft zu gewinnen.

Daher schlage ich folgende Strategie vor:

- Nutzen wir all unsere gewerkschaftlichen Mitgliederrechte und beantragen für einfache Mitglieder substantiell und dauerhaft erweiterte Mitbestimmungs- und Wahlrechte in den Statuten, welche in Deutschland schon lange und viel erfolgreicher die Werbung und demokratische Vertretung auch ausländischer Mitglieder ermöglicht haben (z. B. durch betriebliche Wahlen tausender Vertrauensleute oder MigrantInnenreferate);
- nutzen wir all unsere betrieblichen Arbeitnehmerrechte, um möglichst viele Mitglieder ausländischer Herkunft z. B. als Sicherheitsvertrauenspersonen, ausländische SprecherInnen, BetriebsratsberaterInnen, Betriebsrats- oder Personalvertretungsmitglieder früher oder später in Gremien von GPA und ÖGB zu bringen;
- bilden wir gesellschaftliche Bündnisse und Netzwerke aller InteressenvertreterInnen der Arbeitnehmer in Betrieben, Gewerkschaften, Arbeiterkammern, Organisationen, Vereinen, Initiativen usw. für Kampagnen, die die Gleichstellung aller ausländischen KollegInnen zum Ziel haben.

### **P.S.:**

»GPA-Wien-Networks: Mitarbeiter gesucht ...

Wer Lust und Laune hat, bei der GPA-Wien mitzugestalten, kann das in Bälde tun ... Man kann Entscheidungsprozesse innerhalb der Gewerkschaft selbst mitbestimmen und beeinflussen. »Network soll eine völlig neue Art der Zusammenarbeit werden, erklärt Landesssekretär Norbert Scheed.« (aus »Kompetenz« 3/99)

## Anmerkung

- 1 In Österreich gibt es drei Arten von Arbeitsgenehmigungen für »AusländerInnen«:  
 Erste Stufe: Die Beschäftigungsbewilligung (BB). Sie gilt maximal ein Jahr und muss vom Arbeitgeber beantragt werden. Somit gilt sie nur für einen bestimmten Arbeitsplatz.  
 Zweite Stufe: Die Arbeitserlaubnis (AE). Sie wird für zwei Jahre ausgestellt. Grundsätzlich ist eine einjährige BB die Bedingung zur Erteilung einer AE. Diese gilt nur im Bereich eines Bundeslandes, ist aber nicht – im Unterschied zur BB – an einen bestimmten Arbeitsplatz gebunden.  
 Dritte Stufe: Der Befreiungsschein (BS). Er wird für fünf Jahre ausgestellt. Anspruch auf einen BS haben »AusländerInnen«, die in den letzten acht Jahren mindestens fünf Jahre in Österreich erlaubt beschäftigt waren (sprich im Besitz einer BB bzw. einer AE waren).  
 Befreiungsscheininhaber bilden im ÖGB-Jargon die sogenannten integrierten Ausländer. In den Stellungnahmen der AK und des ÖGB zu Gesetzesänderungen wird immer wieder dafür plädiert, in einem ersten Schritt nur diesen »integrierten Ausländern« das passive Wahlrecht bei AK- und BR-Wahlen zu gewähren.
- 2 Die große Mehrheit der AK-Räte sind bis heute ÖGB-Hauptamtliche oder -Funktionäre.

**AK Wahl 2000**

# Ausgrenzung beenden!

**SCHARF AUGE UND BUT**

**Rassismus offensiv bekämpfen!**

**Integration durch Mitbestimmung!**

**Antidiskriminierungsgesetz jetzt!**

**Alle Rechte für gleiche Pflichten!**

**AUGE** Alternative und Grüne GewerkschafterInnen **UG**

[www.auge.or.at](http://www.auge.or.at)